Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 12-1

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

Regierungsreform im Sandkasten

Andere Länder haben Regierungen, die von einem Chef geführt werden. Gelegentlich werden sie gestürzt oder umgebildet. In der Schweiz spricht man vom Bundesrat, einer Kollegialbehörde, deren parteipolitische Zusammensetzung letztmals vor fast 40 Jahren verändert wurde. Wenn über Reformen diskutiert wird – und das geschieht im kleinen Kreis seit vielen Jahren – wird von Staatsleitung gesprochen. Die unterschiedliche Terminologie verrät einiges über das Führungsverständnis in unserer halbdirekten Demokratie. In einer jüngst abgeschlossenen Umfrage hat sich jedoch bestätigt, dass der Bundesrat in der Bevölkerung nach wie vor mehr Vertrauen findet als andere Institutionen wie Parlament, Wirtschaftsverbände, Armee oder gar Medien und Parteien. Und institutionelle Reformen werden neben den drängenden Sachfragen als fast bedeutungslos eingestuft.

Aber das Thema Regierungsreform ist nun einmal auf der eidgenössischen Traktandenliste und muss deshalb endlich konkret zur Diskussion gestellt werden. Der Bundesrat hat nach vielen Studien und Aussprachen zwei Varianten vorgelegt. Die eine sieht eine bescheidene Erhöhung der Mitgliedzahl auf acht oder neun und eine ebenfalls beschränkte Aufwertung der Präsidialfunktion vor. Die andere stellt einem auf fünf Mitglieder verkleinerten strategischen Führungsgremium fünfzehn Fachminister zur Seite. Am Kollegialprinzip soll in beiden Fällen festgehalten werden. Der Bundesrat äussert keine Präferenz, weder für die eine oder andere Variante noch für die Beibehaltung des Status quo. Zuerst soll nun eine Vernehmlassung stattfinden, dann wird man weitersehen. Das Parlament wird in dieser Legislaturperiode nicht mehr zum Zug kommen. Und ob die Wahlen den Reformdrang wesentlich verstärken werden, darf bezweifelt werden.

Dabei gäbe es wahrlich genügend Anzeichen dafür, dass die Handlungsfähigkeit unseres ehrwürdigen Systems der Dynamik der Veränderungen im Innern und vor allem im internationalen Umfeld nicht mehr genügt. Die Konsensmaschinerie läuft zwar wie gewohnt, sie wird solid unterhalten und sorgsam gelenkt, das gemächliche Tempo hat sich auch oft als vorteilhaft erwiesen. Aber für entscheidende Richtungsänderungen und grosse Vorhaben sind die Antriebskräfte zu schwach, und bei Krisen fehlt es an einem überzeugenden Management und am Führungswillen, nötigenfalls um den Preis der Unpopularität, den sich in unserem System der Bundesrat besser leisten könnte als das Parlament. Es ist denn auch nicht die kleine Zahl der Ministerien, die primär der Reform bedarf, auch wenn zusätzliche internationale Verpflichtungen zweifellos zu grösseren Belastungen führen. Es ist im Gegenteil die übergeordnete Rolle des Kollegiums, die über der Departementalisierung der Politik kaum mehr sicht- und spürbar wird. Der siebenstimmige Chor tönt allzu oft dissonant.

Der neue Anlauf zu einer Staatsleitungsreform wird – das kann man heute schon prognostizieren – wiederum im Sand verlaufen. Die Vorschläge sind halbherzig, und selbst dazu lässt der Bundesrat jegliches Engagement vermissen. Es liegt eigentlich auch gar nicht an ihm, sich selbst in Frage zu stellen. Die amtierenden Mitglieder des Kollegiums sind in diese Konstellation gewählt worden, und sie erfüllen die ihnen gestellte Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen. Wenn die Gewichte verschoben werden sollen, muss das Parlament den Aufstand wagen. In der heutigen Zusammensetzung deutet wenig darauf hin. Muss erst das Fass der latenten Unzufriedenheit beim Wähler überlaufen und noch mehr Oppositionskräfte in das Parlament spülen, bis die Mehrheitsfindung auch mit runden Tischen nicht mehr funktioniert und die Zauberformel zusammenkracht? 1999 wird man sich vermutlich nochmals mit einer Einervakanz im Bundesrat über die Runden retten und werden die Parlamentswahlen nochmals von Sachfragen dominiert sein. Aber die strukturellen Erschütterungen werden in den nächsten Jahren auch die Politik nicht ungeschoren lassen. Dann wird man sich Sandkastenspiele nicht mehr leisten können. ✦

Albert A. Stahel

Die wirkungslose Drohung der USA mit Airpower

Zerfall des westlichen Limes?

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die USA und ihre engsten Alliierten in allen Konflikten, einschliesslich des Vietnamkrieges, ihre Gegner durch die Überlegenheit ihrer Luftstreitkräfte dominiert oder in Schach gehalten. Mit der Dominanz ihrer *Airpower* haben die USA seit dem Ende des Kalten Krieges auch verschiedene Konflikte in ihrem Sinne gelöst oder beendet. Dazu gehört der Golfkrieg von 1991 und die Wiederherstellung der vorherigen Situation.

Die Überlegenheit der Luftstreitkräfte der USA gegenüber allen Herausforderern bildet auch die Grundlage der neuen Weltordnung. Mit ihrer *Airpower* versuchen die USA, die Ordnung in Europa und Nordamerika vor dem Chaos und der Unordnung, wie sie etwa in Teilen Afrikas herrscht, zu schützen. Die *Airpower* der USA stellt in einem gewissen Sinne den modernen *Limes* der westlichen Industrienationen dar. Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben die Westeuropäer ihre konventionellen Streitkräfte massiv abgerüstet. Der einzige Schutz, der ihnen übriggeblieben ist, sind die Luftstreitkräfte der USA.

In der Geschichte der Menschheit ist die Dominanz einer Macht oder eines Imperiums nie für die Ewigkeit erhalten geblieben. Entweder ist sie von selbst zerfallen, wie das römische Reich, oder sie ist durch eine andere Macht herausgefordert und zerstört worden. Einer, der in der Gegenwart die Macht der USA und damit die Ordnung herausfordert, ist der Diktator des Iraks, *Saddam Hussein.* Durch immense Opfer seines Volkes und durch Morde und Intrigen hat er seine Herrschaft errichtet. Sein Streben nach Vorherrschaft gegenüber den Staaten des Mittleren Ostens hat er durch den Krieg gegen den Iran, der von 1980 bis 1988 dauerte, und durch seinen Überfall auf Kuwait im August 1990 demonstriert. Für dieses Streben nach Vorherrschaft hatte er in den achtziger Jahren nicht nur eine riesige konventionelle Streitmacht aufgebaut, sondern auch ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen entwickeln lassen. Im Krieg gegen den Iran und gegen die irakischen Kurden hat er auch chemische Kampfmittel eingesetzt.

Mit Hilfe des Luftkrieges von 1991 haben die USA und ihre Alliierten einen Teil dieser Mittel vernichtet. Nach dem verlorenen Krieg hat *Saddam Hussein* als Zugeständnis an die Völkergemeinschaft der Kontrolle, Überwachung und Zerstörung seiner Raketen und Massenvernichtungswaffen zugestimmt. Aufgrund dieser Kontrolle wurde auch die Ausdehnung des irakischen Programms erkennbar. Neben den chemischen Kampfstoffen hatte der Diktator auch andere Massenvernichtungswaffen produzieren lassen. Das Nuklearprogramm des Iraks war schon sehr weit fortgeschritten, und die Entwicklung von bakteriologischen Waffen war im Gange.

Seit 1991 verfolgt *Saddam Hussein* gegenüber der Uno drei Ziele:

- die übriggebliebenen und versteckten Massenvernichtungswaffen soweit als möglich zu erhalten;
- die Kontrolle der Uno sobald als möglich zu beenden, damit er mit der Produktion dieser Waffen wieder beginnen kann. Nur mit diesen kann er das gesetzte Ziel der Vorherrschaft erlangen;
- die Aufhebung der Boykottmassnahmen des Sicherheitsrates durchzusetzen, damit er wieder Erdöl in grossem Umfang verkaufen und das Geld für die Wiederaufrüstung der konventionellen Macht einsetzen kann.

Erreicht *Saddam Hussein* seine Ziele, dann hat die Unordnung im Mittleren Osten über die Ordnung der staatlichen Gemeinschaft gesiegt. Es droht aber eine weitere Gefahr: Sollte die Drohung der USA mit ihrer *Airpower* für die Durchsetzung der Ordnung gegenüber dem irakischen Diktator durch weitere Schachzüge von *Saddam Hussein* in Frage gestellt werden, dann wird sich die Glaubwürdigkeit dieser Drohung mit der Zeit abnützen. Der Limes der westlichen Industriestaaten wäre durchlöchert und könnte durch jeden kleinen Despoten, zu denen auch *Milosewic* gehört, überwunden werden. Die westeuropäischen Staaten, geschwächt durch Abrüstung und überdimensionierte Ausgaben für die soziale Wohlfahrt und ihres amerikanischen Schutzes beraubt, könnten den an sie gestellten Forderungen nicht widerstehen. Diese Kapitulation aufgrund äusserer und innerer Schwäche könnte zur Ausbreitung der Unordnung auch in Europa führen. Der Zerfall des modernen *Limes* könnte möglicherweise zur Auflösung der im 18. und 19. Jahrhundert begründeten Nationalstaaten beitragen. ✦

Albert A. Stahel ist 1943 in Zürich geboren. Seit 1980 hauptamtlicher Dozent an der Militärischen Führungsschule Au/ZH für Strategische Studien. Seit 1987 Titularprofessor an der Universität Zürich. Stahel ist u.a. Mitglied des International Institute for Strategic Studies in London.